

ENERGIE

IM WANDEL DER ZEIT

Herausforderungen des Marktes

Die Geschäftsführung der
EAA im Gespräch.

#mission2030

Die Klima- und Energiestrategie der
Regierung im Blickpunkt.

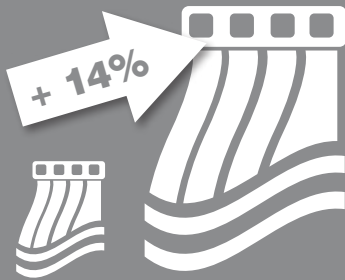
EU-Winterpaket

Ersten Weichen für das ambitionierte
Regelwerk sind gestellt.

DER GROSSE UMBAU BIS 2030

Land am Strome

Steigerung der Stromproduktion aus österreichischer Wasserkraft



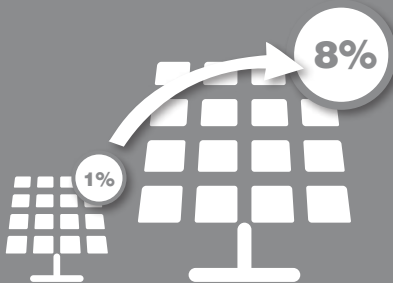
Wind ernten

Ausbau der Windkraftleistung in Österreich



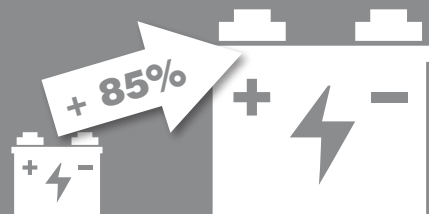
Der Sonne entgegen

Anteil der Photovoltaik an der Gesamtstromproduktion in Österreich



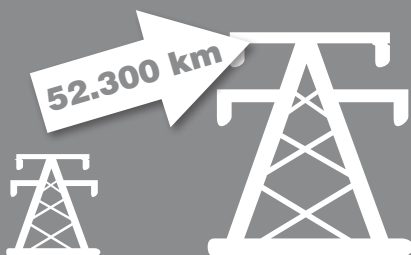
Strom konservieren

Steigerung der Stromspeicherkapazitäten in Europa



Achillesferse Netzausbau

Erforderlicher Netzausbau in Europa



Investitionen mit Weitblick

Erforderliche Investitionen in Österreichs Kraftwerkspark



Zum Geleit

In der aktuellen Ausgabe von EAA-Energie Inside – dem Unternehmensmagazin der EAA-EnergieAllianz Austria – steht die österreichische Energie- und Klimastrategie im Mittelpunkt. In ihrem Interview hat Bundesministerin Elisabeth Köstinger mit uns über die „ambitionierten“, aber aus ihrer Sicht erreichbaren Ziele der #mission2030 gesprochen. Der verstärkte Ausbau der Erneuerbaren Energien in Europa steht auch im Gespräch mit APG-Vorstand DI Mag. (FH) Gerhard Christinier im Fokus, denn Windkraft und Photovoltaik haben die Energieversorgung herausfordernd gemacht.

Bei der EAA-Geschäftsführung nachgefragt

Dass sich die EAA in den vergangenen Jahren erfolgreich positioniert hat und auch für die Herausforderungen der Zukunft gut gerüstet ist, zeigt das Interview mit den EAA-Geschäftsführern Mag. Jörg Sollfelner, Ing. Thomas Torda, MSc und Ing. Mag. Christian Wojta, MBA. Unter dem Titel „EU-Winterpaket: Erste Weichen gestellt“ beleuchten wir, welche der acht Richtlinien und Verordnungen die Europäische Union bereits umgesetzt hat und was noch zu tun ist. Das Legislativpaket soll bis Ende des Jahres beschlossen werden – ein ehrgeiziges Vorhaben. In der vorliegenden Ausgabe von EAA-Energie Inside wird auch das Thema der Emissionszertifikate aufgegriffen: Das Tätigwerden der Politik bei CO₂-Zertifikaten hat zuletzt zu den höchsten CO₂-Preisen seit zehn Jahren geführt. Grund: Der Handel mit den Zertifikaten wird ab 2019 verschärft. Wir haben bei namhaften Experten nachgefragt, welche Auswirkungen die Preisentwicklung auf die Energieversorger und die Industrie haben kann.

„Alles aus einer Hand“

Diesem Leitsatz folgt unser Kunde Prangl und dieses Motto war es auch, das vor sechs Jahren den Grundstein für eine Partnerschaft mit der EAA für die Energieversorgung der österreichischen Prangl-Niederlassungen gelegt hat. Denn wir bieten als zuverlässiger Energielieferant weit mehr als nur Versorgungssicherheit.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre mit Einblicken hinter die Kulissen der Energiebranche – interessante Themen auf den Punkt gebracht.

Ihr EAA-Team

Die EAA-EnergieAllianz Austria legt großen Wert auf Gleichbehandlung. Der Text des Magazins folgt ausschließlich dem Ziel, Information in gut lesbarer Form zu vermitteln. Aus diesem Grund haben wir bewusst auf geschlechtsspezifische Formulierungen verzichtet und entweder die maskuline oder feminine Bezeichnung gewählt. Im gesamten Magazin sprechen wir Frauen und Männer völlig gleichwertig an.

Impressum: Unternehmensmagazin der EAA-EnergieAllianz Austria **Medieninhaber, Verleger, Herausgeber und Eigentümer:** EnergieAllianz Austria GmbH, Wienerbergstraße 11, A-1100 Wien, Tel.: +43 1 904 10-0, E-Mail: office@energieallianz.at **Geschäftsführung:** Ing. Thomas Torda, MSc; Mag. Jörg Sollfelner; Ing. Mag. Christian Wojta, MBA **Presse & Kommunikation:** Mag. Peter Koller **Grafik:** Beatrice Bognar, OFFBEAT Graphik & Design **Redaktion:** Foggensteiner Public Relations GmbH **Coverfoto:** Ian Ehm **Druck:** AV+Astoria Druckzentrum **Grundlegende Richtung:** Unternehmensmagazin mit Energieschwerpunkt **Offenlegung der Eigentumsverhältnisse nach dem Mediengesetz:** EAA-EnergieAllianz Austria GmbH

INHALT

- 04 kurz und bündig**
- 06 Herausforderungen des Marktes**
- 09 #mission2030: Die Energie- und Klimastrategie der Regierung im Blickpunkt**
- 12 Erneuerbare ohne Förderung**
- 14 Teure Verzögerungen beim Netzausbau**
- 16 EU-Winterpaket: Erste Weichen gestellt**
- 18 Preise für Emissionszertifikate im Höhenflug**
- 20 Unser Kunde Prangl: Technische Dienstleistung in Perfektion**
- 22 EAA-Veranstaltungen**

kurz und bündig

EAA forciert Gashandel

Seit September ist die EAA auf dem niederländischen Gas-Hub TTF (Title Transfer Facility) präsent. Damit kann die EAA am liquidesten Gas-Hub in Kontinentaleuropa grenzüberschreitend und flexibel auf Preisschwankungen reagieren. Der Handel an der TTF ermöglicht eine weitere Diversifizierung der EAA-Handelsgeschäfte und somit auch beste Konditionen für Kunden und Geschäftspartner. Das stärkt den Wettbewerb auf dem österreichischen Gasmarkt und bedeutet gleichzeitig einen weiteren Liberalisierungsschritt in Richtung Westeuropa.



Strompreiszonen-Trennung verstärkt Preisanstieg in Österreich

Die Strompreise im Großhandel sind im Jahr 2018 europaweit kräftig gestiegen. Der aktuelle Börsenpreis am EEX-Terminmarkt (EEX-Baseload), wo Händler ihre längerfristigen Stromeinkäufe tätigen, kletterte von 36 Euro pro Megawattstunde zu Jahresbeginn 2018 auf über 50 Euro pro Megawattstunde Ende Oktober. Hintergrund dieser Strompreisentwicklung sind vor allem die gestiegenen Beschaffungskosten für Gas und Kohle sowie CO₂-Zertifikate. Die durchschnittlichen Einkaufspreise für Strom erreichen damit das Niveau von September 2013 und den höchsten Stand seit fünf Jahren. Diese nachhaltige Preiswende an den europäischen Strombörsen wird durch die massive Einschränkung des Stromhandels zwischen Österreich und Deutschland für Kunden in Österreich noch einmal verstärkt. Seit 1. Oktober liegen die Preise in Deutschland – wenige Stunden ausgenommen – durchwegs niedriger als in Österreich. Bei der Preiserwartung sind viele davon ausgegangen, dass die Preisdifferenz zu Deutschland etwas niedriger sein wird.

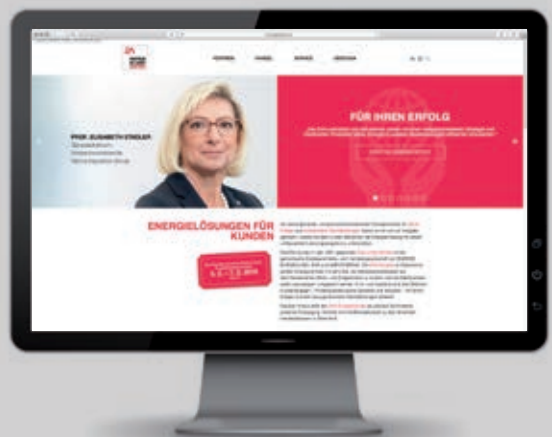
EAA mit effizientem Energiemanagement

Die EAA hat mit 2013 ein Energiemanagementsystem implementiert, das jährlich vom TÜV Süd überprüft wird. Die Überprüfung am 21. September ergab, dass die EAA wieder Strom gespart hat. Zwölf Prozent weniger Stromverbrauch in zwei Jahren wurden vor allem durch neue energiesparende Geräte, aber auch durch die Implementierung effektiver Ablaufprozesse innerhalb des Unternehmens realisiert. Energieeffizienz hat für die EAA einen hohen Stellenwert. Gerne beraten und begleiten wir unsere Kunden bei der Durchführung von Energieaudits.



EAA aktualisiert Internetauftritt

Der neue Internetauftritt steht unter dem Motto „Für Ihren Erfolg“ und stellt EAA-Kunden in den Mittelpunkt. Neben neuem Design und modernem Erscheinungsbild ist die Möglichkeit direkter Kunden- und Serviceanfragen eine wichtige Neuerung. Unsere Kunden, Interessenten und Geschäftspartner können jetzt Online-Informationen zu den Themen Energiewirtschaft sowie zur Markt- und Preisentwicklung bei Strom- und Gasprodukten als besonderes Service anfordern.



www.energieallianz.com

EAA mit Neukunden Kelly's

Das Traditionsunternehmen mit Firmensitz in Wien verfügt über Produktionsstätten an zwei Standorten in Österreich – in Wien-Donaustadt und in Feldbach in der Steiermark. Diese werden in den nächsten Jahren mit 8 Millionen Kilowattstunden (kWh) EAA-Strom pro Jahr beliefert. Darüber hinaus wurde die Kelly GmbH auch als neuer Gaskunde gewonnen und wird in Zukunft mit 46 Millionen kWh EAA-Gas pro Jahr beliefert. Mit den gewählten Produkten „EAA-Tranchen Spot“ und „EAA-Tranchen Spot Gas“ beteiligt sich der Kunde aktiv am Energieeinkauf und kann auf Preisentwicklungen schnell und individuell reagieren. Die Kelly GmbH wurde im Jahr 1955 als ein österreichisches Unternehmen US-amerikanischer Prägung gegründet und ist seit 2008 Teil der Intersnack Group. Die derzeit etwa 370 Mitarbeiter produzieren Knabbergebäck der Marken Kelly's und Soletti sowie funny-frisch, Chio, POM-BÄR und ültje und vertreiben diese national und international.



Kelly GmbH, Produktionsstandort Wien

Erfolgreiche Vertriebsoffensive

Die im Mai 2016 begonnene Rückgewinnungsaktion der EAA-Energie Allianz Austria, der gemeinsamen Energievertriebsgesellschaft von Energie Burgenland, EVN und Wien Energie, ist erfolgreich. Ziel ist es, Groß- und Industriekunden von der EAA zu überzeugen und die Marktführerschaft in den Kernmärkten der EAA auszubauen. Die Strategie ist erfolgreich, die Zahlen sind beeindruckend: Seit Mai 2016 wurden Groß- und Industriekunden mit einer Gesamtbelieferungsmenge von 1.650 GWh elektrischer Energie und 120 GWh hinzugewonnen. Das entspricht einer Vertriebsleistung von rund 60 GWh oder dem Energiebedarf von durchschnittlich 17.000 Haushaltskunden pro Monat. „Mit punktgenauen Prognosen, fachkundigen Analysen und maßgeschneiderten Dienstleistungsangeboten werden wir auch weiterhin zum Erfolg unserer Kunden am Markt beitragen“, zeigt sich EAA-Vertriebsleiter für Österreich Karl Borowy überzeugt.

Stromkennzeichnungsbericht 2018

Seit 2015 müssen sämtliche Stromlieferanten, die in Österreich Endkunden beliefern, die abgegebene Strommenge zu 100 Prozent mit Nachweisen belegen. „Die Stromkennzeichnung wird von den Lieferanten sehr ernst genommen und entsprechend korrekt umgesetzt“, stellte am 8. Oktober E-Control-Vorstand Andreas Eigenbauer bei der Präsentation zum Stromkennzeichnungsbericht 2018 den Unternehmen ein gutes Zeugnis aus. Wie schon im Vorjahr erhielten die heimischen Stromkunden keinen „Strom unbekannter Herkunft“, es wurde also für jede Beschaffung ein Herkunftsnachweis eingesetzt.



DI Andreas Eigenbauer, Vorstand der Energie-Control

SPAR setzt auf EAA-Strom aus Erneuerbaren

Die EAA ist neuer Stromlieferant von SPAR Österreich. Der österreichische Lebensmittelkonzern wird in Wien, Niederösterreich und im Burgenland mit 134 Millionen Kilowattstunden (kWh) EAA-Strom pro Jahr beliefert. Das entspricht dem Strombedarf einer Stadt mit rund 40.000 Einwohnern. Dabei setzt SPAR mit der Produktqualität EAA-Aqua zur Gänze auf Strom, der aus erneuerbaren Energieträgern wie Wasser, Wind, Sonne, Biomasse und Biogas stammt. „SPAR legt größtes Augenmerk auf höchste Qualität, österreichische Wertschöpfung und Nachhaltigkeit“, erläutert Ing. Gerald Geiger, SPAR-Konzernleiter für Bau, Energie und Technik, die zukünftige Zusammenarbeit mit der EAA. SPAR Österreich ist einer der führenden Handelskonzerne in Mitteleuropa, betreibt rund 3.000 SPAR-, EUROSPAR- und INTERSPAR-Märkte, 210 Hervis Sport-Fachmärkte sowie 29 Shopping-Center und beschäftigt insgesamt über 81.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in acht Ländern.



SPAR-Filiale im modernen Design



Ing. Thomas Torda, MSc, Mag. Jörg Sollfelner und Ing. Mag. Christian Wojta, MBA (v.l.n.r.)

Herausforderungen des Marktes

Die Geschäftsführung
der EAA im Gespräch

Die Entwicklung an den internationalen Energiemärkten, aber auch regulatorische Eingriffe haben dazu geführt, dass Großhandelspreise für elektrische Energie und Gas zum Teil empfindlich teurer geworden sind. Die Geschäftsführer der EAA-EnergieAllianz Austria, Mag. Jörg Sollfelner, Ing. Thomas Torda, MSc, und Ing. Mag. Christian Wojta, MBA, erläutern im Gespräch mit Energie Inside, wie sie diese Marktentwicklungen einschätzen und wie die EAA diesen Herausforderungen am Markt begegnet.

Verstärkt die Strompreiszonen-Trennung die Preiswende?

Die Strompreise im Großhandel sind im Jahr 2018 europaweit kräftig gestiegen. Der aktuelle Börsenpreis am EEX-Terminmarkt (EEX-Baseload), wo auch die EAA-Handelsexperten ihre Future-notierungen beziehen, kletterte von 36 Euro zu Jahresbeginn 2018 bis Ende November auf mehr als 50 Euro pro Megawattstunde. Hintergrund dieser Strompreisentwicklung sind vor allem die gestiegenen Beschaffungskosten für Gas, Kohle und CO₂-Zertifikate. Damit erreichen die durchschnittlichen Einkaufspreise für elektrische Energie das Niveau von September 2013. Das ist der höchste Stand seit mehr als fünf Jahren. Dieser nachhaltige Preisanstieg an den europäischen Strombörsen wird durch die Trennung der gemeinsamen Strompreizone an der deutsch-österreichischen Grenze weiter verstärkt. Denn damit wurde der Stromhandel zwischen Österreich und Deutschland massiv eingeschränkt.

Wie verändert das die Einkaufspreise?

Die Auswirkungen des im Mai 2017 von der deutschen Bundesnetzagentur und der österreichischen Energie-Control ausgehandelten Kompromisses fällt teurer aus, als wir und auch andere Marktteilnehmer das erwartet hatten – das jedenfalls ist die ernüchternde Analyse der Spotpreisverläufe seit 1. Oktober. Der ursprünglich konstante Spread der 2019-Jahres-Futures an der EEX hat sich zuletzt von 2,5 Euro pro Megawattstunde (MWh) auf 4,5 Euro pro Megawattstunde gesteigert. Das bedeutet zum jetzigen Zeitpunkt, dass die Strompreise in Österreich um rund zehn Prozent höher sind als in Deutschland. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass der Preis für elektrische Energie trotz dieser Entwicklung heute niedriger ist als noch vor zehn Jahren.



Welchen Spielraum lassen Steuern und Abgaben noch zu?

Auf dem Energiemarkt ist allgemein festzustellen, dass regulatorische Rahmenbedingungen und Maßnahmen im letzten Jahr empfindliche Auswirkungen auf das Geschäft von Energieversorgern hatten – und damit auf die Energiepreise. Wir können sagen, dass unser Spielraum aufgrund der zunehmenden Regulierung immer enger wird. Wenn es gut geht, haben wir noch auf 20 Prozent des Preises Einfluss. Das ist so, weil wir in der Energiewirtschaft seit Jahren umfassende Strukturveränderungen erleben. Derzeit befinden wir uns in einer Phase der grundlegenden Neuorientierung. Die Debatte zur Beschlussfassung des sogenannten EU-Winterpakets in Europa ist voll im Gange. Ein erstes Regelwerk mit fast 300 Seiten EU-Verordnungen liegt inzwischen vor. Weitere Regulierungsvorgaben werden folgen.



Was ist der Effekt?

Faktum ist, dass die Summe der zu erwartenden Interventionen und Vorgaben das Preisniveau am Strommarkt insgesamt steigen lassen wird. Für die marktwirtschaftliche Entwicklung eines geplanten zukünftigen gesamteuropäischen Strommarktes war etwa die Teilung des grenzüberschreitenden Strommarktes zwischen Österreich und Deutschland in jedem Fall kontraproduktiv – wir sehen das als Rückschritt. Denn dieser und andere regulatorische Eingriffe haben dazu geführt, dass Großhandelspreise für elektrische Energie zum Teil empfindlich teurer geworden sind. Neben dem Anstieg relevanter Rohstoffpreise sind auch die – nicht zuletzt aufgrund regulatorischer Eingriffe – gestiegenen Großhandelspreise für elektrische Energie bereits bei Privat- und Unternehmenskunden in Österreich „angekommen“.

Wird die Preiszone ein Nachteil für Österreichs Wirtschaft?

Wie schon gesagt, nach Analyse der Marktdaten sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt, dass die Trennung der gemeinsamen Strompreiszone die Preise in Österreich um zusätzlich rund zehn Prozent ansteigen hat lassen. Die österreichischen Stromhändler können jetzt nicht mehr unbegrenzt auf dem größeren und liquideren deutschen Strommarkt einkaufen. Sie müssen sich nun auf dem überschaubaren und wenig liquiden österreichischen Markt eindecken. Das ist in Wirklichkeit das Gegenteil des von der EU propagierten freien europäischen Energiemarktes. Der Markt ist weniger liquide, weil jene Strommengen, die in der Vergangenheit von Deutschland nach Österreich gekommen sind, geringer geworden sind. Das lässt die Preise steigen und kann ein Wettbewerbsnachteil für österreichische Unternehmen und die Industrie werden.

Verteuern auch CO₂-Zertifikate die Preise?

Ja, die teurer werdenden CO₂-Zertifikate sind ein weiterer Faktor, den die Energiewirtschaft bewältigen muss. Auch sie tragen zu dem dramatischen Preisschub bei. Der Preis je Tonne Kohlendioxid hat sich in Europa in etwas mehr als einem Jahr von rund vier Euro auf zuletzt etwa 25 Euro mehr als versechsfacht. Der Preis war zunächst nur leicht gestiegen. Seit dem Frühjahr, als

Folge von Ankündigungen durch die europäische Politik, ist der Preis aber regelrecht explodiert. Die EAA hatte zwar vorgesorgt, aber letztlich wird sie diesen drastischen Anstieg der Zertifikate in den Energiepreisen abbilden müssen. (Mehr zur Entwicklung der CO₂-Preise lesen Sie ab Seite 18.) Besonders hart trifft das die Energiewirtschaft und in weiterer Folge die Kunden, weil die EAA im Gegensatz zu Industriebetrieben keine Gratiszuteilungen von CO₂-Zertifikaten bekommt. Da sich Strom nur unzureichend speichern lässt, ist eine zuverlässige Energieversorgung ohne fossile Brennstoffe derzeit nicht möglich.

Wie wird die EAA ihre Marktposition ausbauen?

Um auch weiterhin eine positive Geschäftsentwicklung zu sichern, haben wir wichtige Entscheidungen zum richtigen Zeitpunkt getroffen. Die Markt- und Preisentwicklung hat einmal mehr gezeigt: Der kundenorientierte Vertrieb der EAA gemeinsam mit dem effektiven Handel sind wichtige Voraussetzungen zur Entwicklung qualitativ hochwertiger und innovativer Dienstleistungen und Produkte. Diese Tatsache war und ist die wesentliche Voraussetzung für den Erhalt und den Ausbau der Marktposition. Als führende Anbieterin von Energielösungen beliefern wir als EAA-EnergieAllianz Austria mehr als 100.000 Kundenanlagen im Segment der Groß-, Industrie- und Businesskunden mit Strom, Erdgas und energienahen Dienstleistungen. Diese Marktposition haben wir zuletzt erfolgreich ausgebaut. Unsere

vor zwei Jahren begonnene Kundenrückgewinnungsaktion läuft weiter gut: Ziel der Vertriebsoffensive ist es, Groß- und Industriekunden von unseren Stärken zu überzeugen. Damit wollen wir die Marktführerschaft in unseren Kernmärkten ausbauen.



Wie läuft das in der Praxis?

Die Strategie ist erfolgreich: Schließlich hält die EAA derzeit bei einer neu hinzugewonnenen Vertriebsmenge von 1.650 Gigawattstunden (GWh) elektrischer Energie und 120 Gigawattstunden Gas. Diese Zahlen sind beeindruckend, denn die Vertriebsleistung beträgt damit durchschnittlich rund 60 GWh pro Monat. Das entspricht in etwa dem Strombedarf von 17.000 Haushaltskunden, die die EAA monatlich als Neukunden gewinnen konnte.

Wer sind besonders namhafte Kunden?

Wir beliefern die Infrastruktureinrichtungen der ÖBB in der Steiermark und nach einer Ausschreibung der Bundesbeschaffung GmbH (BBG), dem Einkaufsdienstleisters der Republik, rund zwei Drittel der öffentlichen Bundesverwaltung mit Strom. Darüber hinaus konnten wir zuletzt bedeutende Handels- und Lebensmittelkonzerne wie SPAR Österreich oder Kelly von unseren Leistungen überzeugen. Sehr schöne Erfolge waren in der Vergangenheit die Rückgewinnung bedeutender Industriekonzerne wie Jungbunzlauer, Gebauer und Griller, FunderMax oder die CAG Holding GmbH – mit zahlreichen Beteiligungen, wie etwa an Stölzle-Oberglas – der Neuman Aluminium Industries.

Wie läuft der Gasvertrieb?

Wir haben zuletzt das Gasgeschäft forciert. Seit September handelt die EAA Gas am niederländischen TTF-Gas-Spot-Markt in Amsterdam. Von diesem Einkaufsvorteil profitieren auch unsere Groß- und Industriekunden. Wir sind überzeugt, dass Gas in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird. Diese Entwicklung gehen wir mit und sichern unseren Kunden europaweit professionelle Marktzugänge.



#mission2030

Die Klima- und Energiestrategie der Regierung im Blickpunkt

Im Interview mit EAA-Energie Inside hat Elisabeth Köstinger, Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, über die „ambitionierten, aber erreichbaren Ziele“ im Rahmen der österreichischen Klima- und Energiestrategie gesprochen.

Österreich bezieht rund ein Drittel seiner Energie aus fossilen Brennstoffen, eine Umstellung scheint also kaum umsetzbar. Das Ziel der österreichischen Klima- und Energiestrategie ist aber die vollständige Dekarbonisierung bis 2050. Mit welchen Maßnahmen sollen die ambitionierten Klimaziele erreicht werden?

Wir haben uns in der #mission2030 zwei große Ziele im Bereich erneuerbare Energie gesetzt, beide sind sehr ehrgeizig, aber erreichbar. Wir wollen wir bis 2030 auf bilanziell 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien kommen. Derzeit liegen wir bei 72 Prozent. Mit dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) und dem 100.000-Dächer-Programm für Photovoltaik werden wir hier starke Impulse setzen. Beim Gesamtenergiebedarf erzeugen wir derzeit rund 34 Prozent aus erneuerbaren Energien, hier haben wir uns 45 bis 50 Prozent als Ziel bis 2030 gesetzt. Das wird eine große Kraftanstrengung, ich bin aber zuversichtlich, dass das möglich ist. Wir haben beispielsweise noch 700.000 Ölheizungen in Österreich. Hier wollen wir bis 2030 weitgehend den Ausstieg schaffen, dafür haben wir kurz nach dem Beschluss der Klimastrategie ein Förderprogramm aufgelegt. Wir müssen und werden in allen Bereichen Schritt für Schritt den Ausstieg aus fossilen Energieträgern vorantreiben, damit wir uns dem Ziel für 2050 nähern.

Wie viel Prozent der Vorhaben werden Sie Ihrer Meinung nach umsetzen? Und wie viel werden Ihre Nachfolger schaffen?

Gemeinsam mit meinem Ressort und meinen Kolleginnen und Kollegen der Bundesregierung und in enger Partnerschaft mit den Bundesländern arbeiten wir an der Umsetzung aller Maßnahmen, damit haben wir bereits begonnen. Mein Ziel ist es, möglichst viel in möglichst absehbarer Zeit zu schaffen. Gerade bei den Leuchttürmen, dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz oder der Wärme-strategie, wollen wir rasch vorankommen.

Zwölf Leuchttürme bilden die Basis der #mission2030. Welche sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten?

Es sind alle wichtig, denn jeder Leuchtturm bildet konkrete Notwendigkeiten ab. Besonders wichtig ist mir unter anderem, dass wir mit Klimaschutzthemen schon möglichst früh in der Bildung anfangen. Klimaschutz muss in den Schulen, in der Bildung und Ausbildung von Kindern künftig eine größere Rolle spielen. Was man in diesem Alter lernt und verinnerlicht, das begleitet einen das ganze Leben lang. Und natürlich ist mir die Arbeit an der Bioökonomie sehr wichtig. Hier geht es darum, wie wir einen Weg in eine erd-ölfreie Gesellschaft schaffen können. Da braucht es viel Forschung, viel Umstellung im Alltag. Vielen Menschen ist gar nicht bewusst, in wie vielen Dingen des Alltags Erdöl verarbeitet ist.

Was ist neu an diesen Leuchtturm-Projekten, den Kernelementen der Klima- und Energiestrategie?

Aus meiner Sicht geht es nicht darum, was neu ist. Die #mission2030 fasst zum ersten Mal kompakt und integriert zusammen, welche Ziele wir uns in der Klima- und der Energiepolitik setzen und in welchen Bereichen wir den größten Handlungsbedarf haben. Dies ist eine Strategie, eine Grundlage, auf der wir nun Maßnahmenpakete aufsetzen werden. Die Leuchttürme zeigen besonders konkrete Handlungsfelder auf, damit klarer und vorstellbarer wird, wo wir ansetzen müssen. Photovoltaik, Green Finance oder Bioökonomie haben wir ja nicht erfunden. Neu ist, dass es eine umfassende Strategie gibt, die all diese Elemente, Handlungsfelder, Zielsetzungen, Zuständigkeiten und vor allem konkrete Maßnahmen definiert. Das hat es in dieser klaren Form, auch versehen mit einem Regierungsbeschluss, so noch nicht gegeben.

Stichwort Sektorkopplung: Welche Bereiche werden Ihrer Ansicht nach den größten Beitrag leisten müssen, um die Klimaziele zu erreichen?

Alle Sektoren müssen ihren Beitrag leisten, da gibt es keine Ausnahmen. Klar ist aber auch, dass wir im Verkehrsbereich den größten Handlungsbedarf haben, dort entstehen die meisten Emissionen. Und auch der Gebäudebereich wird einen großen Beitrag leisten, daher haben wir für diese Sektoren auch gesonderte Klimaziele und konkrete Maßnahmen, die sehr ambitioniert sind.

Wie stehen Sie zu dem Vorwurf, dass das 100.000-Dächer-Programm nur eine Weiterführung bisheriger Maßnahmen und zudem die einzige Ökostrommaßnahme in der Strategie ist?

Die geplante Streichung der Eigenstromsteuer ist neu, das ist keine Maßnahme, die es bisher schon gab. Weiters werden wir evaluieren, wie effizient die Förderlandschaften in allen Bereichen sind. Es muss auch mehr gelingen, den Menschen klar zu machen, dass sie Dinge nicht nur wegen einer Förderung tun sollten.

Jedes Haus kann ein kleines Kraftwerk werden, das bringt auch mehr Unabhängigkeit für die Eigentümer dieser Häuser. Das halte ich für einen wichtigen Aspekt, insbesondere, wenn ich an die immer stärker kommenden Möglichkeiten der Stromspeicherung bei Photovoltaik-Anlagen denke. Aber wir werden auch beim Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz einen Schwerpunkt auf Photovoltaik setzen.

Vor der Fertigstellung der Klima- und Energiestrategie hat die Industriellenvereinigung (IV) vor überschießenden Belastungen für heimische Industriebetriebe gewarnt. Stichwort: CO₂-Mindestpreis auf europäischer Ebene. Wie schätzen Sie in diesem Zusammenhang die Situation von österreichischen Unternehmen ein, die bereits bei Themen wie Energieeffizienz und CO₂ europaweit führend sind?

Ich glaube, dass die #mission2030 ein ausgewogenes Paket ist, mit dem sowohl die Industrie auf der einen Seite als auch die NGOs auf der anderen Seite leben können. Beim CO₂-Mindestpreis auf europäischer Ebene trete ich dafür ein, dass wir diese Diskussion beginnen, weil ich nationale Alleingänge für wenig zielführend halte. Die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie, die bereits viel in Energieeffizienz und Klimaschutz investiert hat, ist natürlich ein wichtiges Ziel unserer Klima- und Energiepolitik. Das ist auch in der #mission2030 klar festgehalten.

Wie werden sich die Preise für Energie bis 2050 durch Ihre Maßnahmen verändern?

Ich kann das schwer im Detail prognostizieren, es hängt vor allem von internationalen und europäischen Rahmenbedingungen ab. Das Ziel ist und bleibt natürlich, dass Energie für alle Haushalte und Unternehmen leistbar bleibt, aber in einem nachhaltigen Energiemix erzeugt wird.



Welchen Einfluss werden die Maßnahmen auf das Klima in Österreich haben?

Ich erwarte mir spürbare Verbesserungen bei der CO₂-Bilanz in den nächsten Jahren. Nicht alle Maßnahmen werden sofort wirken, wir arbeiten aber darauf hin, dass wir die ambitionierten, aber erreichbaren Ziele der #mission2030 bis 2030 und die langfristige Dekarbonisierung – im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen – bis 2050 erreichen.

Welchen Effekt wird #mission2030 auf den Arbeitsmarkt haben?

Ich glaube, dass Investitionen in erneuerbare Energien einen nicht unwesentlichen Arbeitsmarkt-Effekt haben. Österreich ist in diesen Technologien eines der führenden Länder in Europa mit einem sehr guten Ruf und exzellentem Know-how. Das ist auch für die Exportwirtschaft ein großer Faktor. Dafür braucht es auch einen starken, innovativen Heimmarkt. Darauf werden wir einen Schwerpunkt setzen, auch in der österreichischen Ratspräsidentschaft. ■



BMNT Gruber

Die Eckpfeiler der Klima- und Energiestrategie – eine Zusammenfassung

Ziele bis 2030:

Der Gesamtstromverbrauch soll bis 2030 bilanziell zu 100 Prozent durch erneuerbare Energiequellen aus Österreich gedeckt werden. 2018 liegt der Anteil noch bei 72 Prozent. Die Treibhausgasemissionen in Österreich sollen gegenüber 2005 um 36 Prozent reduziert werden. Der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Gesamtenergiebedarf soll von derzeit 33,5 Prozent auf 45 bis 50 Prozent angehoben werden.

Ziele bis 2050:

Bis 2050 ist ein Umdenken in der Mobilität gefordert: Konkret soll dies durch die Umstellung auf Fahrzeuge mit alternativen Treibstoffen wie Gas oder Elektrizität und den verstärkten Ausbau des öffentlichen Verkehrs geschehen. Auch für die Wärmegewinnung soll die Energie in knapp 32 Jahren zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen kommen. Sie soll unter anderem aus Wind, Wasser und Sonne gewonnen werden. Überschüssiger Sonnen- oder Windstrom soll in Wasserstoff umgewandelt und als „grünes Gas“ gespeichert werden.



Erneuerbare

OHNE FÖRDERUNG

Einige hundert Megawatt sind in Österreichs Windparks heuer aus der Förderung gefallen. Der grüne Strom wird erfolgreich weiter vermarktet. In Deutschland hingegen sollen Erneuerbare künftig keine Subventionen mehr vom Staat bekommen. „In vier bis fünf Jahren soll es soweit sein“, kündigte der deutsche Energieminister an. Erste Projekte in Deutschland oder Dänemark wurden bereits vergeben. Ist das ein neues Geschäftsmodell?

Ob ein Kraftwerksbetreiber Strom „gewinnbringend liefert oder nicht, wissen wir nicht“, sagt Dr. Horst Brandlmaier, Vorstand der Abwicklungsstelle für Ökostrom in Österreich (OeMAG). Die OeMAG verkauft den abgenommenen Ökostrom zu Marktpreisen, darüber hinaus wird auch noch ein Kostenbeitrag durch die Veräußerung von Herkunftsnachweisen erzielt. Die verbleibende Differenz zwischen den für die Ökostromeinspeisung bezahlten höheren Tarifen und den erzielten Erlösen, muss über die Einhebung von Ökostromförderbeiträgen und Ökostrompauschalen aufgebracht werden. Im vergangenen Jahr war in dem sogenannten Vergütungsvolumen in Höhe von 1,1 Milliarden laut E-Control-Vorstand Dr. Wolfgang Urbantschitsch „ein Förderanteil von 860 Millionen Euro“ enthalten. Für Haushaltskunden heißt das: Das Haushaltsgeld wird im Schnitt mit etwa 100 Euro pro Jahr für Ökostrom belastet – 2016 hatte die Belastung durchschnittlich noch 120 Euro betragen. Für den Rückgang seien zwei Gründe verantwortlich, sagt der E-Control-Vorstand: Der Marktpreis je Megawattstunde war zuletzt auf 31 Euro angestiegen und seit 2016, also 13 Jahre nach dem Förderbeginn, laufen erste Förderungen für Wind- und Solarparks wieder aus.

Horst Brandlmaier spricht im Gespräch mit EAA-Energie Inside von einigen 100 Megawatt an Produktionskapazitäten von Windkraftanlagen, deren Tarifverträge bereits ausgelaufen sind und die nun ohne Förderungen auskommen müssen. Während in Deutschland dem Vernehmen nach viele Windkraftanlagen rückgebaut werden sollen, sobald die staatliche Förderung endet, werden die Anlagen in Österreich nach aktuellem Wissensstand weiter betrieben, wobei auch viele Anlagen einem „Repowering“ unterzogen werden. „Mit den aktuell höheren Strompreisen sollte eine Weiterführung wirt-

schaftlich besser möglich sein“, erklärt Brandlmaier. Die Kosten für die Ökostromförderung sinken durch die steigenden Marktpreise ebenfalls. Der Endkunde kann sich aber nur bedingt freuen, weil er den höheren Strompreis verrechnet bekommt. Der OeMAG-Vorstand ist jedoch überzeugt davon, dass „die niedrigen Strompreise der letzten Jahre ohne den massiven Ausbau der Erneuerbaren, insbesondere in Deutschland, nicht möglich gewesen wären“.

„Auf Förderungen angewiesen“

In Deutschland glaubt der dortige Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier inzwischen fest daran, dass erneuerbare Energie in den nächsten Jahren „subventionsfrei erzeugt werden“ könne. Laut Brandlmaier sind in Österreich „natürlich viele neue Anlagen nach wie vor auf Förderungen angewiesen, wobei für manche Erzeugungsformen bereits sehr geringe Förderanreize ausreichen, um die gewünschten Effekte zu erzielen“.

Obwohl Österreich traditionell über große Mengen an erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung verfügt, ist der Anteil des geförderten Ökostroms am gesamten Stromverbrauch 2017 im Vergleich zum Jahr davor weiter gestiegen: und zwar von 16,8 Prozent auf 17,9 Prozent. Dabei ist die von der OeMAG abgenommene Menge an grünem Strom vergangenes Jahr um acht Prozent von 9.770 auf 10.528 Gigawattstunden (GWh) gestiegen. Nach 58.184 GWh im Jahr 2015 hat die gesamte Stromabgabe an Endverbraucher im Bezugsjahr 2017 58.872 GWh ausgemacht. Den größten Ökostromzuwachs in absoluten Zahlen gab es 2017 bei Ökostrom im Bereich der Windkraft – mit einem Plus von 17 Prozent auf 5.746 GWh. Auch wenn vermehrt Altanlagen aus dem Fördersystem ausscheiden.



Die Förderinstrumentarien

Das können unterschiedliche Förderinstrumentarien sein, wie etwa Investitionsförderung oder Prämien- beziehungsweise Tarfsysteme. Brandlmaiers Erfahrung nach kann die Investitionsförderung „zu Beginn sogar verhältnismäßig teuer werden, weil hier das ganze Geld“ für die Anlage sofort bereitgestellt werden müsse. Eine Alternative dazu sei ein Prämien- beziehungsweise Tarfsystem, das über Jahre läuft und bei dem nur die Differenz zum Marktpreis finanziert werden muss. Brandlmaier: „Durch die Aufteilung der Unterstützung auf mehrere Jahre ist die liquiditätsmäßige Belastung einerseits geringer und im Falle von steigenden Marktpreisen besteht andererseits immerhin die Möglichkeit oder Chance, dass der Förderanteil insgesamt sinkt.“

EAA gibt den Windkraftanlagen Kraft

Die Förderung von erneuerbaren Energien ist im Ökostromgesetz von 2012 geregelt und legt fest, dass staatliche Förderungen für Windkraftanlagen nach 13 Jahren auslaufen. Die Betreiber dieser Anlagen, die aus dem Fördersystem der OeMAG fallen und keine staatlichen Einspeisetarife mehr bekommen, müssen diese dann selbst vermarkten. Die Unternehmen der EAA-Gruppe sind als Generaldienstleister zur Vermarktung von Ökostrom, insbesondere von Windkraft, seit Jahren erfolgreich am Markt tätig. Energie Burgenland, EVN und Wien Energie sind zusammen als Eigentümer der EAA aktuell Betreiber der größten Windparkportfolios in Österreich. Daher gibt es in den Unternehmen der EAA-Gruppe ein umfassendes Know-how zur Vermarktung von Windkraftanlagen. Die Spezialisten der EAA führen den Handel und die Asset-Optimierung, also die Vermarktung der Energie dieser Kraftwerke, durch. Die Trading-Abteilung in der EAA übernimmt dabei

die direkte Vermarktung der Windenergie an den Börsen. Um die Windkraftanlagen zu optimieren, werden physikalische Rahmenbedingungen wie Wind und Wetter genau beobachtet. Für den laufenden Betrieb werden Prognosen sowie Fahrpläne erstellt, um die Anlagen optimal einzusetzen. Die Windkraftvermarktung lässt sich nicht mit der Vermarktung anderer Kraftwerke vergleichen, da die Energiemenge aufgrund der Wetterverhältnisse sehr volatil ist. Voraussetzung, um die erzeugten Energiemengen aus Windkraftanlagen zu den besten Konditionen am Markt verkaufen zu können, sind ein 24-Stunden-Dienst sowie automatisierte interne und externe Schnittstellen, über die die wichtigsten Datentransfers laufen. Die Unternehmen der EAA-Gruppe haben damit das notwendige Leistungsvermögen, um sich auf dem österreichischen Markt als Generaldienstleister zur Vermarktung von Windkraftanlagen zu positionieren, die aus der OeMAG-Förderung fallen.

NATURKRAFT als Anbieter für Einspeiser

NATURKRAFT, die Vertriebstochter der EAA für grünen Strom, ist Partner für Windkraft-, Photovoltaik-, Kleinwasserkraft- und andere Ökostromanlagen und verkauft daher ausschließlich sauberen, zertifizierten Strom. Sie vermarktet Strom von Anbietern, die private oder gewerbliche Ökostromanlagen betreiben und den aus Windkraft gewonnenen Strom nicht selbst verbrauchen, zu einem attraktiven Preis auf dem freien Markt. Die Experten von NATURKRAFT sind mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen und dem Umfeld auf dem österreichischen Ökostrommarkt bestens vertraut. Daher punktet NATURKRAFT neben der hohen Flexibilität in der Vertragsgestaltung auch durch die garantierte Abnahme zu verschiedenen Preismodellen.

Teure Verzögerungen beim Netzausbau

APG-Technikvorstand Gerhard Christiner will in den kommenden zehn Jahren 2,5 Milliarden Euro in die Stabilität und den Ausbau der Netze investieren. Er spricht darüber, wie schwer Bauprojekte umzusetzen sind, welche finanziellen Belastungen Verzögerungen beim Bau der Salzburgleitung verursachen und dass Einspeiseverbote die Folge sind.

Der Strom kommt aus der Steckdose

So einfach das klingt – so herausfordernd ist das mittlerweile in der Praxis. Vor allem seitdem erneuerbare Energien in Europa stark ausgebaut wurden. Denn Windkraft und Photovoltaik haben die Energieversorgung herausfordernd gemacht. Das erlebt Gerhard Christiner mittlerweile fast jeden Tag. Der technische Vorstand der Austrian Power Grid AG und sein Team mussten inzwischen an mehr als 300 Tagen im Jahr in das Stromnetz eingreifen, um die stabile Versorgung Österreichs mit Strom zu gewährleisten. Vergangenes Jahr waren „an 301 Tagen Notmaßnahmen notwendig, um kritische Netzsituationen zu meistern, großteils mit thermischen Kraftwerken“, wie Christiner im Interview mit Energie Inside betont. Diese Eingriffe haben vergangenes Jahr Kosten in der Höhe von „93 Millionen Euro“ verursacht, „was mehr als die Verdreifachung gegenüber 2016 bedeutet“.

Weitere Mehrkosten 2018

Primäre Schuld an diesen unnötigen Kosten ist „das Fehlen der Salzburgleitung, was massive Implikationen auf den täglichen Netzbetrieb hat“, sagt Christiner. Damit Österreich bei seiner 380-kV-Ringleitung die wichtigste Lücke schließen kann, muss die Salzburgleitung errichtet werden. Die Trassenführung ist vom Umspannwerk Elixhausen bei Salzburg bis zum Umspannwerk Pongau und von dort zum Umspannwerk Tauern geplant – also rund 130 Kilometer neues Stromnetz. Das Fehlen leistungsstarker Stromleitungen in Österreich, insbesondere der Salzburgleitung, verursachte allein im Jahr 2017 Kosten für Notmaßnahmen von rund 110 Millionen Euro. Diese Maßnahmen für Engpassmanagement zur Vermeidung von großflächigen Stromausfällen verursachen damit „monatliche Zusatzkosten von 10 Millionen Euro“, wie Christiner vorrechnete. Diese Kosten sind von heimischen Stromkunden über Preissteigerungen bei den Netztarifen zu bezahlen. Kosten, die durch entsprechenden Netzausbau eigentlich vermeidbar wären. Die Salzburgleitung ist aktuell für den APG-Vorstand „eines der wichtigsten Energiewende-Projekte in Österreich“. Denn sie spielt eine zentrale Rolle bei der Verbindung der im Osten des Landes entstehenden Windparks mit den Pumpspeicherkraftwerken im Westen. Der positive Bescheid der Länder Oberösterreich und Salzburg im Rahmen

des Verfahrens zur Umweltverträglichkeitsprüfung stimmt Christiner nun zuversichtlich, „dass wir auch vonseiten des nun zuständigen Bundesverwaltungsgerichts bald grünes Licht für den Bau bekommen“. Auf die Frage, inwieweit die Ankündigung der Bundesregierung, Verfahren zu beschleunigen, Auswirkungen auf die Salzburgleitung hat, sagt Christiner: „Da es sich bei der 380-kV-Salzburgleitung um ein laufendes Verfahren handelt, wird dieses Projekt davon nicht mehr beeinflusst werden.“ Als Betreiber großer Infrastrukturvorhaben könne er aber die Ankündigungen „nur begrüßen“. Es müsse letztlich möglich sein, „dass notwendige Infrastrukturvorhaben zum Wohle des Wirtschafts- und Lebensstandorts Österreich umgesetzt werden können. Die Energiewende wird ohne starke Stromnetze nämlich nicht gelingen“.

Ambitionierte #mission2030

Für Christiner ist die kürzlich beschlossene Klima- und Energiestrategie der österreichischen Bundesregierung zwar „in der Tat sehr ambitioniert. Allerdings gibt es angesichts der CO₂-Reduktionsziele aus dem Pariser Klimaabkommen aus unserer Sicht auch keine Alternative. Wir als APG stehen voll und ganz zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Erzeugungskapazitäten und sehen diese als Basis für den Umbau des Energiesystems. Darüber hinaus ist eine gesamtheitliche Systembetrachtung von essenzieller Bedeutung“. Dabei würde das Verschränken bisher getrennter Sektoren, neue Technologien und Netzausbau erforderlich machen. Nur so könne die Energiewende auch tatsächlich gelingen. Welche technologischen Optionen sich am Ende des Tages auch immer durchsetzen werden – eines ist für Christiner unbestritten: „Ein massiver Aus- und Umbau der übergeordneten Infrastruktur ist in jedem Szenario zwingend erforderlich. Unser APG-Netzentwicklungsplan sieht in den kommenden zehn Jahren ein Investitionsvolumen von rund 2,5 Milliarden Euro vor. Dieses Investitionsprogramm auch möglichst rasch abzuarbeiten ist das Gebot der Stunde.“

Einspeiseverbote aufgrund fehlender Infrastruktur

Aufgrund fehlender Netzinfrastruktur wurden in Österreich im vergangenen Dezember „erstmalig Einspeiseverbote für heimische

Windkraftanlagen ausgesprochen", schildert Christiner. In Deutschland sei das Abschalten bereits heute gelebte Praxis. Um die Energiewende erfolgreich zu gestalten, müssten Einspeiseverbote „in Zukunft verhindert werden. Jede erneuerbar erzeugte Kilowattstunde muss auch tatsächlich genutzt werden". Eine Möglichkeit dafür ergibt sich für der APG-Vorstand aus der Kopplung der Sektoren – also die Kombination unterschiedlicher Energieträger. Etwa die Kopplung von Strom und Gas. Und hier erkennt Christiner etwa „in der Power-to-Gas-Technologie großes Potenzial. Lokale Überschussmengen bei Strom können in Gas umgewandelt und somit saisonal verlagert werden." So kann erneuerbare Energie, die Windräder, Wasserkraftwerke oder Solarpaneele im Sommer erzeugt haben, für den Winter nutzbar gemacht werden. „Damit diese Technologie aber in absehbarer Zeit Marktreife erlangt, sind zeitnahe Pilotprojekte von zentraler Bedeutung", erklärt der Vorstand des Netzbetreibers.

Für die Strompreiszone vorbereitet

Die Einführung der Strompreiszone am 1. Oktober hat den Netzbetreiber auch vor neue Aufgaben gestellt. Um den Stromtransport und die Handelsaktivitäten mit Deutschland auch weiterhin sicherzustellen, war „neben der entsprechenden Anpassung der operativen Prozesse und den Vorbereitungen im Bereich verschiedener IT-Systeme die umfassende Information aller relevanten Stakeholder entscheidend. Darauf haben wir in den vergangenen Monaten unseren Fokus gelegt", sagt Christiner. Die APG informierte die Marktteilnehmer vor der tatsächlichen Preiszonentrennung über die bevorstehenden Änderungen. Was sich jedoch in der Praxis im Vergleich zur Theorie änderte, waren ab 1. Oktober die Preise. Während deutsche Stromabnehmer etwa am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, Strom fast zum Nulltarif bekamen, mussten österreichische Energieversorger zeitweise mehr als 74 Euro je Megawattstunde bezahlen. Die langfristigen Auswirkungen der getrennten Preiszone auf die Energiepreise in Österreich waren zu Redaktionsschluss noch nicht absehbar.



Über die APG AG

Die Austrian Power Grid AG ist der unabhängige Übertragungsnetzbetreiber Österreichs. Mit seinen 450 Mitarbeitern betreibt das Unternehmen mit Sitz in Wien das österreichische Versorgungsnetz auf den Spannungsebenen 110, 220 und 380 kV – und damit auf der Hochspannungsebene. Zu den zentralen Aufgaben der Austrian Power Grid AG zählen der sichere Betrieb und die laufende Instandhaltung der Stromversorgungsanlagen sowie die vorausschauende, langfristige Netzplanung, damit Österreichs Stromversorgungssystem auch in Zukunft für die stetig wachsenden Herausforderungen gerüstet ist.

DI Mag. (FH) Gerhard Christiner

Technischer Vorstand Austrian Power Grid AG

Im Lauf seiner Karriere übernahm Gerhard Christiner Führungspositionen bei der Verbundplan GmbH, dem österreichischen Regulator E-Control und der Austrian Power Grid AG. Er gestaltete die Entwicklung der Energiewirtschaft in Österreich aktiv mit: von einem integrierten hin zu einem liberalisierten marktwirtschaftlichen System. Er studierte Elektrotechnik und Energiewirtschaft an der Technischen Universität Graz sowie Marketing & Sales an der Fachhochschule Wien.

EU-Winterpaket: Erste Weichen gestellt

Das EU-Winterpaket soll noch bis Ende des Jahres beschlossen werden – ein ambitioniertes Vorhaben.

2018 könnte ein entscheidendes Jahr für den Umbau Europas hin zu einer zukunftsfähigen Energieunion werden: Das EU-Winterpaket kommt in die heiße Phase. Es umfasst acht Vorschriften – vier Richtlinien und vier Verordnungen zum europäischen Strommarktdesign. Das Legislativpaket könnte bereits heuer alle EU-Instanzen durchlaufen haben.

Was bisher geschehen ist ...

Für die Hälfte der Winterpaket-Vorschriften haben die Trilogverhandlungen zwischen EU-Parlament, Ministerrat der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission schon unter der bulgarischen Ratspräsidentschaft stattgefunden – mit Erfolg. Am 19. Juni 2018 wurde die Gebäudeeffizienz-Richtlinie veröffentlicht und bei drei weiteren Legislativvorschlägen wurde bis Ende Juni 2018 eine politische Einigung erzielt. Dabei geht es laut Dr. Florian Ermacora aus der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission um die „Änderungen der Energieeffizienz- und der Erneuerbaren-Richtlinien sowie um eine neue Verordnung zur Steuerung der Energieunion“.

Die neue Gebäudeeffizienz-Richtlinie

Bei der Gebäudeeffizienz-Richtlinie (EPBD) über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden haben die EU-Mitgliedstaaten bis zum 10. März 2020 Zeit, um die Kommission über die nationale Umsetzung zu informieren. Da der Gebäudesektor rund 40 Prozent aller CO₂-Emissionen in der EU verantwortlich ist, soll die Richtlinie für einen energieeffizienten und dekarbonisierten nationalen Gebäudebestand sorgen. Außerdem soll sie den kosteneffizienten Umbau bestehender Gebäude in Niedrigstenergiegebäude erleichtern. Für den Gebäudebestand in Europa bedeutet das: Bis 2050 sollen ältere Gebäude so saniert werden, dass sie fast ohne Ausstoß von Klimagasen beheizt und gekühlt werden können. In den EU-Mitgliedstaaten sollten demnach pro Jahr etwa dreimal so viele ältere Häuser modernisiert werden wie heute.

Die reformierte Energieeffizienz-Richtlinie

Die EU-Energieeffizienz-Richtlinie (EED), die seit 4. Dezember 2012 gilt, wurde auf europäischer Ebene reformiert: Damit will die EU die Mitgliedsstaaten dazu verpflichten, zusätzliche Energie-Einsparpotenziale zu nutzen. Dr. Michael Losch, Sektionschef im Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, sagte dazu im Rahmen des Energie Talks der EAA-EnergieAllianz Austria: „Bei den Verhandlungen zur Energieeffizienz wurde für die



EU-Ebene ein gesamthaftes Energieeffizienz-Ziel von 32,5 Prozent definiert." Dies stelle laut Mag. Barbara Lehmann aus dem EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich in Brüssel „einen annehmbaren Kompromiss zwischen den von den Europaparlamentariern des Industriausschusses geforderten 40 Prozent und den 30 Prozent des Rates dar". Basierend auf den Vorgaben der Energieeffizienz-Richtlinie hat sich Österreich Energieverbrauchs- und Energieeinsparziele bis 2020 gesetzt, heißt es in der #mission2030 der österreichischen Bundesregierung. Mit dem Bundes-Energieeffizienzgesetz (EEffG) erfüllt Österreich die EU-Vorgaben zur Forcierung der Energieeffizienz bis 2020. Neben dem Verpflichtungssystem sollen eine Reihe von Maßnahmen wie etwa Wohnbau-, Energie- und Umweltförderungen der Bundesländer sowie die Förderinstrumente des Bundes zu mehr Energieeffizienz beitragen.

Neu: Die Erneuerbaren-Richtlinie

Der Rechtsrahmen der Erneuerbaren-Richtlinie sieht ein verbindliches Ziel von 32 Prozent für erneuerbare Energien bis 2030 vor – mit einer Revisionsklausel nach oben bis 2023. Miguel Arias Cañete, Kommissar für Klimaschutz und Energie, erklärte dazu in einer Aussendung der Europäischen Kommission Mitte Juni: „Dieses Abkommen ist ein hart errungener Sieg in unseren Bemühungen, das wahre Potenzial des europäischen Übergangs zu sauberer Energie freizusetzen. Dieses neue Ziel wird uns helfen, unsere Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, und wird sich in mehr Arbeitsplätzen, niedrigeren Energiekosten für die Verbraucher und weniger Energieimporten niederschlagen." Skeptisch dazu äußert sich Florian Maringer, Geschäftsführer des Dachverbands Erneuerbare Energien Österreich (EEÖ): „Der gefundene Minimalkonsens eines Anteils von

32 Prozent erneuerbarer Energien am Energieverbrauch bis 2030 in der EU reicht letztendlich nicht aus, um die Pariser Klimaziele zu erfüllen, aber auch nicht, um das selbst gesteckte Ziel der Technologieführerschaft der Union bei den Erneuerbaren-Technologien zu erreichen." Einziger Hoffnungsschimmer sei laut Maringer die Revisionsklausel. Sie sieht vor, dass „das bereits jetzt anachronistische Ziel in fünf Jahren nochmals geprüft werden kann".

Ebenfalls neu: Berichtspflichten der Mitgliedstaaten

Ferner wurden auch die Berichtspflichten der Mitgliedstaaten in der EU-Governance-Verordnung beschlossen. Darin verpflichtet die EU-Kommission die Mitgliedstaaten, Statistiken über private Endenergieverbraucher anzulegen, die ihre Energierechnung nicht bezahlen können. Weiters sollen die Länder in ihren nationalen Energie- und Klimaplänen Meilensteine definieren und angeben, wie sie diese Missstände beheben werden. Außerdem soll auf der Basis der Daten ein CO₂-Budget für die EU eingeführt werden.

Die nächsten Schritte

„Die bis dato erzielten politischen Einigungen müssen jetzt noch vom Rat und vom Europäischen Parlament bestätigt werden, was in den kommenden Monaten passieren wird.“

Florian Ermacora, Generaldirektion Energie



es allerdings erst beim jeweils letzten Trilog kommen", sagt Ermacora. Die Strombinnenmarkt-Richtlinie und die Strombinnenmarkt-Verordnung setzen neue Impulse im Strombinnenmarkt. Dazu zählen die bessere Marktintegration der erneuerbaren Energieträger und die Stärkung von Verbraucherrechten. Ein Sprecher aus dem Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus: „Die notwendigen Anpassungen werden dabei zum Teil in das Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG) 2010 und in das geplante österreichische Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) einfließen." Die Verordnung über die Risikoversorge im Elektrizitätssektor sieht vor, dass die Mitgliedstaaten nationale Risikoversorgepläne erstellen und die Zusammenarbeit in der Krisenprävention, -bewältigung und -vorsorge verstärken. Bezüglich der „Verordnung zu ACER sei zu prüfen, ob vereinzelt legislative Anpassungen des E-Control-Gesetzes, des EIWOG 2010 und des Gaswirtschaftsgesetzes (GWG) 2011 notwendig sein werden", heißt es weiter aus dem Nachhaltigkeitsministerium.

Bringt Österreich die Energiewende auf Schiene?

Laut dem Büro von Bundesministerin Elisabeth Köstinger habe der erste Trilog zur Strombinnenmarkt-Richtlinie im Juni und auch jener zur Strombinnenmarkt-Verordnung gezeigt, dass die europäischen Partner „einen Abschluss der Dossiers noch unter der österreichischen Ratspräsidentschaft anstreben". Ermacora stimmt zu: „Die Zeit bis zur Neuwahl des Europäischen Parlaments nächstes Jahr ist knapp. Wir arbeiten daher eng mit der österreichischen Ratspräsidentschaft zusammen, um auch zu den vier verbleibenden Legislativvorschlägen bis Ende des Jahres eine politische Einigung zu erzielen." Die WKO erwartet sich, dass bei den Verhandlungen zum Strommarktdesign ein marktorientierter Weg eingeschlagen wird. Lehmann: „Wir lehnen unnötige Eingriffe in den Markt und Marktverzerrungen ab. Vorrangiges Ziel ist, die Kräfte des Marktes zu aktivieren."

Laut dem Brüsseler Experten haben ein oder zwei sogenannte informelle Trilogie zu den vier Legislativvorschlägen – Strommarkt-Richtlinie, Strommarkt-Verordnung, Verordnung über die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) sowie die neue Verordnung über die Risikoversorge im Elektrizitätssektor – bereits stattgefunden. „Zu endgültigen Festlegungen wird



Preise für Emissionszertifikate im Höhenflug

Das Tätigwerden der Politik bei CO₂-Zertifikaten hat zuletzt für die höchsten CO₂-Preise seit zehn Jahren gesorgt. Grund: Der Handel mit den Zertifikaten wird ab 2019 verschärft. Und der Preis steigt.

Seit etwas mehr als einem Jahr steigt der Preis je Tonne Kohlendioxid (CO₂) an der europäischen Energiebörse EEX (European Energy Exchange) kontinuierlich an. Im Juni des Vorjahres lag der Preis für den Erwerb eines Emissionsrechts noch bei fünf Euro pro Tonne. Im August dieses Jahres hatte der Börsenpreis für die Tonne des schädlichen Klimagases erstmals seit etwa zwölf Jahren den Preis von 24,80 Euro erreicht und ist im Oktober wieder auf unter 20 Euro gefallen. Die Preise haben sich also innerhalb eines Jahres fast vervierfacht. So hohe CO₂-Preise gab es seit zwölf Jahren nicht mehr. Auch die Zahl der gehandelten Zertifikate hat merklich zugenommen: Im ersten Halbjahr wurden 1.508,7 Millionen Tonnen CO₂ gehandelt, mehr als doppelt so viele wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres (649,1 Millionen Tonnen CO₂). CO₂-Analysten sehen Spekulanten am Werk, aber das allein erklärt den Preisanstieg nicht.

„Preis ist überhitzt“

Dipl.-Ing. Dieter Drexel, Energiespezialist der Industriellenvereinigung, sieht „die Preisentwicklung kritisch, aber dennoch realistisch“. Für ihn

war klar, „dass die Preise für CO₂-Zertifikate aufgrund der wiederholten Revisionen der Richtlinie nicht bei deutlich unter zehn Euro bleiben“. Claudia Kettner-Marx, Umweltökonomin am Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO, sieht den jüngsten Preisschub „positiv“. Dennoch liege der Preis noch immer weit unter den Erwartungen der Europäischen Union. Diese war vor etwa zehn Jahren davon ausgegangen, dass der Preis je Tonne CO₂ in der dritten Emissionshandelsphase von 2013 bis 2020 „bei rund 30 Euro“ liegen werde.

Für Carlos Perez-Linkenheil, Analyst bei Energy Brainpool in Berlin, hingegen ist der CO₂-Preis momentan „überhitzt. Eigentlich gibt es keinen fundamentalen Grund dafür, dass der Preis aktuell so hoch ist“. Seiner Ansicht nach sei der aktuelle CO₂-Preis „derzeit vielmehr ein von der Politik getriebener Erwartungswert“. Auch objektiv gebe es keinen Grund dafür, dass die Preise für die Zertifikate steigen. Perez-Linkenheil: „Meiner Auffassung nach gibt es keine Fundamentaldaten, die den Anstieg erklären. Denn es gibt am Markt ein starkes Überangebot von CO₂-Zertifikaten, also mehr Angebot als Nachfrage. Das widerspricht einem so drastischen Preisanstieg.“

Weiter steigende Preise

Seiner Meinung nach werde hier viel mit Erwartungshaltungen gespielt: Mit dem neuen EU-Reglement und der damit verbundenen Reform des Marktes sollen ab dem kommenden Jahr CO₂-Zertifikate verknappt und Überpositionen abgebaut werden, damit der CO₂-Preis

steigt. Da die Zertifikate nicht verfallen und in Zukunft mehr wert sein könnten, könnten die Zertifikate also noch begehrt werden.



„Keiner will mehr seine Zertifikate um fünf Euro verkaufen, wenn er in Zukunft 20 oder mehr Euro dafür bekommen kann.“

Carlos Perez-Linkenheil, Analyst bei Energy Brainpool

Er ist überzeugt davon, dass die Nachfrage in Zukunft weiter steigen wird. „Wo sich der Preis einpendeln wird, weiß keiner so richtig. Einige Unternehmen verkaufen deshalb jetzt dennoch, weil ihnen Liquidität momentan lieber ist als eine Wette auf CO₂-Preise.“

Der Berliner Emissionshändler Michael Kröhnert sagt, dass zwar „manche Betriebe glauben, dass der Preis für die Tonne CO₂ wieder fallen wird – oder sie hoffen es. Ich glaube nicht, dass das der Fall sein wird.“ Ob der Preis hoch oder niedrig ist, ist dem Emissionshändler „egal“. Denn er kauft im Auftrag. Wäre er Spekulant, hätte er die freien Mengen gekauft. Das sei jetzt durch andere Marktteilnehmer passiert. „Die Betreiber werden CO₂-Mengen brauchen – die brauchen sie immer. Und wenn Mengen reduziert werden, weil die Europäische Union sie aus dem Markt nimmt, dann passiert das, was wir jetzt erlebt haben und erleben“, sagt Kröhnert weiter. Dass es trotz der jüngsten Beruhigung an den Märkten weiter aufwärts geht, unterstellt auch der Terminmarkt: Am 1. August 2018 war der Abrechnungspreis für den Dec-2019-Kontrakt bei 18,03 Euro je Emissionsrecht oder European Union Allowance (EUA), wie die Händler sagen. Der Preis für den Dec-2024-Kontrakt stand bei Redaktionsschluss bei mehr als 23 Euro je EUA. Hinzu kommt, dass der Ausstoß von Kohlendioxid noch nie so hoch war wie zuletzt. Vergangenes Jahr waren 32,5 Milliarden Tonnen CO₂ emittiert worden – das waren um 1,4 Prozent mehr als 2016. Die Energienachfrage wuchs laut Internationaler Energieagentur (IEA) um 2,1 Prozent, getrieben vor allem durch das globale Wirtschaftswachstum. Die Folge: warme Sommer mit neuen Hitzerekorden. Auch in Österreich steigt der CO₂-Ausstoß nach Jahren der Stagnation seit 2015 wieder.

Verschärfter Emissionshandel

Die EU-Kommission, die Vertreter des EU-Parlaments und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union waren heuer im Mai übereingekommen, den Handel mit CO₂-Zertifikaten ab 2019 zu verschärfen. Das bedeutet: Die im Vorjahr einbehaltenen 900 Millionen Verschmutzungspapiere bleiben, anders als geplant, langfristig weg vom Markt. Darüber hinaus soll eine Marktstabilitätsreserve geschaffen werden, bei der überschüssige Zertifikate geparkt werden sollen. Nach Einschätzung der Kommission werden rund 2,5 Milliarden Zertifikate nicht mehr unmittelbar benötigt. Und mit Hilfe der Marktstabilitätsreserve sollen ab 2019 jedes Jahr etwa weitere 200 Millionen EU-Zertifikate vom Markt verschwinden.

Außerdem wird die Menge neuer Gratiszertifikate für die Industrie in der nächsten Zertifikats-Handelsperiode von 2021 bis 2030 noch einmal um 2,3 Prozent reduziert werden. Damit sollte auch der Zertifikatspreis, der seit vielen Jahren im Keller war, ansteigen, was jetzt gelungen ist. Die jetzige Reform soll außerdem Investitionen ankurbeln, die zu einer Senkung der Emissionen führen. Dieter Drexel, Energieexperte der Industriellenvereinigung: „Wenn der Preis steigt, wird die politische Diskussion zum Emissionshandel sicher wieder Fahrt aufnehmen. Sowohl für Industriebetriebe, die auch trotz gewisser Gratiszuteilungen an CO₂-Zertifikaten erhebliche Unterdeckungen aufweisen, als auch für die Energieversorger, die ja keine Gratiszuteilungen bekommen, geht es letztendlich um erhebliche Summen, die den Unternehmen entzogen werden.“

Etwas differenziert sieht das die Wirtschaftsforscherin Claudia Kettner-Marx. Sie kennt „ältere Studien, bei denen die energiebasierten CO₂-Emissionen einen geringen Anteil an den Gesamtkosten“ haben. Natürlich gebe es ihrer Meinung nach „Industriezweige, die Angst vor höheren CO₂-Preisen haben könnten – etwa die Stromhersteller“. Aber sonst gebe es viele Ausnahmen für Industriebereiche, die auch weiterhin mit Gratiszuteilungen von Zertifikaten rechnen könnten.

Mindestpreise für CO₂ gefordert

Im Mai hat die in Österreich für CO₂ zuständige Ministerin Elisabeth Köstinger das Thema weiter geschürt. Sie hatte einen Mindestpreis für die Tonne CO₂ auf europäischer Ebene gefordert, den sie gemeinsam mit „einigen Mitgliedstaaten“ umsetzen will. Für Univ. Prof.-Dipl.-Ing. Dr. Reinhard Haas vom Institut für Energiesysteme an der Technischen Universität Wien sind nicht so sehr die Mindestpreise entscheidend, sondern seiner Meinung nach wäre „ein Preis von mehr als 30 Euro je Tonne CO₂ das richtige Signal“ für die Wirtschaft. „Auf diesem Niveau waren wir schon einmal und dieses Niveau ist verträglich. Wenn wir allerdings einen Preis von 50 Euro je Tonne hätten, dann würde das die Treibhausgasemissionen entsprechend stärker reduzieren.“

Historische Preise

Der EU-Emissionshandel trat am 1. Januar 2005 in Kraft. Der CO₂-Preis erreichte im Frühjahr 2006 mit 30 Euro den historischen Höchstwert. Nachdem Ende April 2006 bekannt wurde, dass die französischen Unternehmen 2005 knapp 12 Prozent weniger Kohlendioxid emittierten, als sie eigentlich dürften, brach der Preis der Emissionshandelszertifikate auf 9,13 Euro ein. Im April 2013 hatte eine Tonne CO₂ an der Börse EEX gerade einmal etwa 2,5 Euro gekostet. Dann kletterte der Kurs bis Ende 2015 auf bis zu acht Euro und pendelte von da an für etwa eineinhalb Jahre zwischen 4,5 und 6,5 Euro je Tonne CO₂. Im Vorjahressommer kostete eine Tonne CO₂ gerade einmal fünf Euro. Von da an ging es bergauf. Das Allzeithoch liegt beim CO₂-Preis rund zehn Jahre zurück. Damals und auch schon 2006 war der CO₂-Preis bei etwa 30 Euro gelegen.

A man with a beard and glasses, wearing a dark blue suit, light blue shirt, and patterned tie, stands with his arms crossed. He is positioned in front of a modern building with a glass and metal facade. The background is slightly blurred, showing architectural details and a clear sky.

Der Unternehmer Mag. Christian Prangl
vor seiner neuen, energiegewinnenden und
energiesparenden Unternehmenszentrale

TECHNISCHE DIENSTLEISTUNG *in Perfektion*

Die neue Prangl-Unternehmenszentrale vereint Nachhaltigkeit mit Präzision. Aufträge bereitet das Unternehmen manchmal bis zu zwei Jahre, ehe ein Großprojekt durchgeführt wird, vor. Die Fahrer sind auf energiebewusstes Fahren getrimmt und LED-Beleuchtung gibt es bei Prangl nur noch mit Bewegungsmeldern, nachdem Energieeffizienzmaßnahmen in enger Abstimmung mit der EnergieAllianz Austria durchgeführt wurden.

Für Mag. Christian Prangl, geschäftsführender Gesellschafter des gleichnamigen Kran- und Schwertransportspezialisten, der das Unternehmen in zweiter Generation erfolgreich führt, ist es wichtig, sich auf Werte wie Vertrauen, Beständigkeit, Nachhaltigkeit und Handschlagqualität verlassen zu können. Das repräsentiert auch das freundlich funktionelle und modern designte Bürogebäude der Zentrale in Wien sowie der überdachte Parkplatz, auf dem gut ein Dutzend Spezialfahrzeuge in Reih und Glied parken. Zu diesem Gesamtbild passt auch die EAA-Energie-Allianz Austria als zuverlässiger Energielieferant, der weit mehr bietet als nur Versorgungssicherheit. „Einer unserer Leitsätze ist ‚Alles aus einer Hand‘. Genau dieses Motto war für uns auch mitentscheidend, eine vertragliche Partnerschaft mit der EAA für die Energieversorgung unserer österreichischen Niederlassungen einzugehen“, so Christian Prangl.

Seit rund sechs Jahren kauft das Unternehmen sowohl elektrische Energie als auch Gas für alle sechs Prangl-Standorte in Österreich zentral bei der EAA ein. Neben einer kostengünstigen Energiebeschaffung ist es für das Unternehmen wichtig, dass die EAA die Energieverbräuche transparent und zentral für alle Standorte aufbereitet. Prangl setzt mit seinen 16 Standorten im In- und Ausland rund 100 Millionen Euro im Jahr um. Genauigkeit gepaart mit Innovationen ist hier gelebter Leitfaden. Rund 650 Beschäftigte leben diese Philosophie. „Die Fahrer arbeiten oft unter schwierigsten Bedingungen und sind dabei hohen Risiken ausgesetzt“, sagt Prangl, „weshalb es wichtig ist, das Sicherheitsverständnis bei unseren Mitarbeitern zu verankern: Wir investieren Zeit, Energie und Geld, damit sie in jeder Situation richtig und sicher reagieren können, denn sie sind das erste und wichtigste Aushängeschild unseres Unternehmens.“

Handschlagqualität

Daneben sind ihm auch „nachhaltige Beziehungen zu unseren Kunden“ wichtig. Prangl „will einen Kunden hinterlassen, der sagt: Diese Leute sind kompetent. Die haben Handschlagqualität – das habe ich von meinem Vater gelernt und das will ich weitergeben“. Da Erfolg kein Selbstläufer ist, bietet der Unternehmer etwas, das nur wenige in Europa können: One-Stop-Shopping. Prangl begleitet die Kunden von der Planung über den Transport bis hin zur Aufstellung mit einem Kran. Dabei arbeitet der Schwerlast-Profi mit namhaften Partnern zusammen – etwa für finale Installationen von Windkraftanlagen oder auch für internationale Hafenumschläge – und greift dabei auf ein breit gefächertes Produktsortiment von in Summe rund 4.000 Geräten zurück: von Mobilkränen, Schwertransportern, Arbeitsbühnen, Staplertechnik bis zu Schwerlastverbringung durch alternative Hub- und Transportkonzepte. Mit diesen Geräten arbeitet Prangl auf Baustellen sowie bei Projekten mit, wo es um nachhaltige Energieversorgung geht – wie etwa derzeit in Europas größtem Windpark in Schweden.

Tom Cruise am Prangl-Haken

Auf die Frage, was die bisher herausforderndsten Projekte waren, erklärt Prangl: „Grundsätzlich ist mir jeder Kunde und jeder Einsatz gleich wichtig, egal ob es das Aufstellen eines Fertigteilhauses für eine junge Familie ist oder das Einheben von Industriebehältern für einen Großkonzern.“ Die Zusammenarbeit mit Hollywood-Filmproduktionen steht für den bekennenden Filmfan sicher noch einen Hauch darüber: Bei Dreharbeiten mit dem US-Filmstar Tom Cruise zu „Mission: Impossible 5“ in Wien seilte sich der Schauspieler bei einem Stunt von der Wiener Staatsoper ab und „hing, von unserem Kran gesichert, bei Prangl regelrecht am Haken“, sagt der Unternehmer stolz, „gute Publicity, und das, ohne einen Cent zu bezahlen“.

Energieeffizienz im Fokus

Christian Prangl ist nicht nur bei der Öffentlichkeitsarbeit ein kühler Rechner, sondern auch bei den Energiekosten. Da das Unternehmen nach EN ISO 14001:2015 idgF. umweltzertifiziert ist, „werden laufend Maßnahmen erarbeitet und integriert, die unser Umweltbewusstsein und den energieeffizienten Umgang mit Ressourcen schärfen“. So wurde die Energieoptimierung der einzelnen Niederlassungen in enger Abstimmung mit der EAA durchgeführt, wie etwa der Bau der Photovoltaikanlage in der neuen Unternehmenszentrale in Wien. Prangl investiert darüber hinaus laufend in moderne und schadstoffarme Maschinen und hat ein ausgeklügeltes LED-Beleuchtungskonzept erarbeitet. Seither „brennt Licht nur noch dann, wenn es auch wirklich benötigt wird“, freut sich Prangl, der den Energiebedarf in Österreich von knapp 1.800.000 Kilowattstunden in Zukunft durch mehr Effizienz weiter senken will. Weiteres Energiesparpotenzial sieht er beim Betrieb seiner Spezialfahrzeuge. Wenn es um Energieeffizienz geht, sind etwa „optimierte Routen ein wesentlicher Bestandteil unserer Nachhaltigkeitsstrategie“, sagt er. Wichtig ist auch, dass die Fahrzeuge „effizient und umweltschonend betrieben werden. Daher finden auch zum energieschonenden Fahren laufend Schulungen statt“, die mithelfen, den ökologischen Fußabdruck von Prangl weiter zu verkleinern.

In Europa sind mehr als 4.000 Fahrzeuge und Geräte mit dem Aufdruck Prangl unterwegs.



Über die Prangl Gesellschaft m.b.H.:

Die Firma Prangl wurde 1965 mit Sitz in Wien gegründet. 1967 wurde der erste Kranwagen angeschafft. Seit 1974 expandierte das Unternehmen in die Bundesländer und hat heute neben der Zentrale in Wien Niederlassungen in Niederösterreich (St. Pölten), Oberösterreich (St. Florian), in der Steiermark (Premstätten bei Graz), in Kärnten (Poggersdorf) und Tirol (Buch). Seit 1991 wuchs Prangl auch im Ausland – insbesondere mit Niederlassungen in Ungarn, der Slowakei, Slowenien und Kroatien. 2017 wurde in Wien die neue Unternehmenszentrale auf einer Fläche von 67.000 Quadratmetern in Betrieb genommen. Das Unternehmen beschäftigt heute an insgesamt 16 Niederlassungen mehr als 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und erwirtschaftet einen konsolidierten Jahresumsatz von rund 100 Millionen Euro.

EAA-VERANSTALTUNGEN

EAA-Energie Talk:

Herausforderungen für den freien Strommarkt.

Am 5. Dezember fand der EAA-Energie Talk zum Thema „Herausforderungen für den freien Strommarkt“ im k47 statt. Seit Jahren erlebt die Energiewirtschaft in Europa umfassende Strukturveränderungen und befindet sich derzeit in einer Phase der grundlegenden Neuorientierung. Die Debatte zur Beschlussfassung des sogenannten EU-Winterpaketes in Europa ist voll im Gang. Die zuletzt vollzogene Trennung der gemeinsamen Strompreiszone zwischen Österreich und Deutschland zeigt, dass die Idee der „Kupferplatte Europa“, die einen grenzenlosen Stromhandel ermöglichen sollte, in weite Ferne gerückt ist. Dr. Christian Helmenstein, Bereichsleiter für Wirtschaftspolitik in der Industriellenvereinigung, DI Dr. Christine Materazzi-Wagner, Leiterin der Abteilung Strom bei der E-Control, sowie Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Stefan Schleicher diskutierten darüber, wie frei der liberalisierte Strommarkt in Europa wirklich ist.



EAA-Energie Contact:

Themenrundfahrt auf der Admiral Tegetthoff

Am 4. Oktober lud die EAA im Rahmen des EAA-Energie Contact zur Themenrundfahrt auf dem Admiral Tegetthoff ein. Mehr als 160 Kunden und Geschäftspartner genossen die „Kleine Kreuzfahrt“ auf der Donau mit Livemusik und einer Weinverkostung. Im Mittelpunkt stand der Informationsaustausch über die aktuellen Marktentwicklungen in der Energiewirtschaft.



EAA unterstützt Energieforschung

Unter dem Titel „Mathematische Ökonomie und Optimierung in der Energiewirtschaft“ luden das Institut für Höhere Studien (IHS) und die EAA am 17. und 18. Mai Energieexperten zum gemeinsamen Workshop ins Palais Strozzi. Mit über 80 Teilnehmern fand der Experten-Workshop, der von der EAA bereits zum zweiten Mal gesponsert wurde, großen Zuspruch. Es gab insgesamt 16 Vorträge mit Vortragenden aus Deutschland und Österreich. Den „Wolfgang-Polasek-Nachwuchspreis“ gewann Herr Andreas Fleischhacker von der TU Wien.



EAA auf der Kommunalmesse in Dornbirn

Dornbirn war vom 27. bis 28. September Veranstaltungsort des 65. Gemeindetages, in dessen Rahmen die größte Fachmesse für Österreichs Gemeinden stattfand. Auch heuer waren bekannte Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft unter den mehr als 5.000 Besuchern. So mischten sich Staatssekretärin Mag. Karoline Edtstadler und Gemeindebundpräsident Mag. Alfred Riedl unter die Besucher und zeigten großes Interesse am EAA-Stand. Zum bereits siebenten Mal präsentierte sich die EAA auf der Kommunalmesse. Die Unternehmen der EAA-Gruppe beraten aktuell in Summe drei Landeshauptstädte, fünf Statutarstädte, 88 Stadtgemeinden sowie 656 Gemeinden in sämtlichen Energiefragen. Mit innovativen Lösungen und Dienstleistungen für Landeshauptstädte, Gemeinden und Unternehmen der öffentlichen Verwaltung konnten die EAA-Betreuer auch heuer ihre Besucher und die Vertreter der Gemeinden überzeugen.



**SPEICHER:**

Neue Technologien zur Speicherung der überschüssigen Energie aus Wind- und Solaranlagen sind der Schlüssel einer erfolgreichen Energiewende.

**DEZENTRALITÄT:**

Konsumenten werden zunehmend zu Erzeugern. Sogenannte „Prosumer“ speisen die selbst produzierte Energie ins öffentliche Netz ein.

**SMARTE ENERGIE:**

Smart Grids (intelligente Stromnetze), Smart Meter (digitale Stromzähler), Smart Buildings (energieeffiziente, nachhaltige Architektur) sind die Voraussetzung neuer gesellschaftlicher Entwicklungen.

DIE 7 MEGATRENDS DER ENERGIEWIRTSCHAFT

**VOLATILE MÄRKTE:**

Das Stromangebot am Markt wechselt stark, da es vom Wetter abhängig ist. An windigen und sonnenreichen Tagen wird deutlich mehr Energie erzeugt als an windstillen Wintertagen.

**SEKTORKOPPLUNG:**

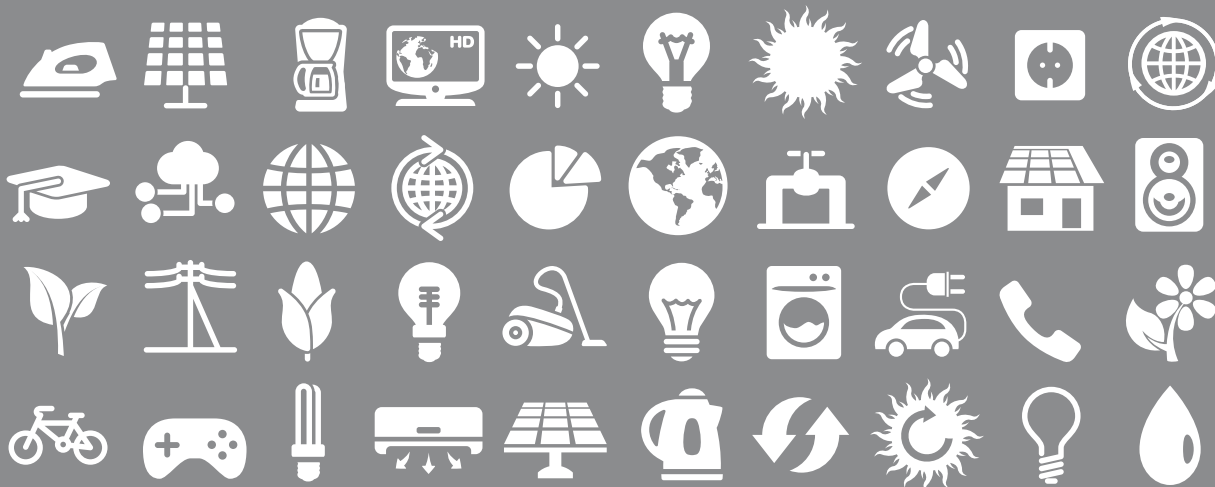
Der Schlüssel zur Energiewende und zum Erreichen der Klimaschutzziele ist das enge Verzahnen von Strom, Wärme und Mobilität. Sektorkopplung bezeichnet die Strategie, mit der die bisher entkoppelten Sektoren zukünftig zusammen-gemixt werden.

**ENERGIEDIENSTLEISTUNGEN:**

Beratung, insbesondere zur Erhöhung der Energieeffizienz, wird zunehmend wichtiger.

**ELEKTROMOBILITÄT:**

Elektrofahrzeuge dienen künftig nicht mehr nur der Mobilität, sondern werden verstärkt als Energiespeicher eingesetzt.



ENERGIE FÜR'S LEBEN



Energie prägt unsere Lebensweise

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die Entwicklung für eine lebenswerte Energiezukunft federführend mitzugestalten – vom täglichen Bedarf im Haushalt bis zur effizienten und klimafreundlichen Nutzung in Wirtschaft und Industrie.

